

Hilferuf verfaßt und das Landratsamt sich der Sache Greenlee angenommen.

Die eilige Allianz funktionierte, Sprachschwierigkeiten zwischen Amt und Oberst ließen dabei den Bündniszweck eher gedeihen als in Gefahr geraten. So stufte Burckhards Behörde den laut US-Diplom immerhin korrekt aus der Armee Geschiedenen („Under honorable conditions“) als „unehrenhaft entlassen“ ein, und des Obersten Lamento, das Ehepaar gewönne „zersetzenden Einfluß auf unseren Standort (Community)“, übersetzten die Bescheid-Schreiber mit „Nachteil (für) die friedliche Gemeinschaft zwischen den USA und der BRD“.

Auch anderweitig schienen des Landrats Rechtsexperten beflissen, dem Wink aus der Kaserne so zu genügen, wie sie ihn selber verstehen wollten. Erbat der Offizier „präventive Maßnahmen“, so tönte es, als habe „die US-Dienststelle eine Versagung der Aufenthaltserlaubnis für vorgenannte Ausländer“ gefordert. Und wo der Colonel unbelegt die Greenlees als Drahtzieher wider den Garnisonsfrieden verdächtigte („Es ist mir zu Ohren gekommen...“), übernahm das Amt die Anschuldigung leichthin als Sachverhalt.

Zwar: Polizeiobermeister Alfons Vorndran, der zum Fall Greenlee gehört worden war, bestätigte die US-Beschwerde beim Landrat, doch der Zeuge war nicht Augenzeuge, sondern hat „Kollegen befragt“. Meister Vorndran im übrigen: „Ich habe die Sache abgegeben und darf dazu nichts sagen.“

Einsilbig zur Sache gibt sich auch des Landrats Amt. Ein Rat, der die Aufenthaltserlaubnis federführend versagt hat, ist auf Urlaub und kann deshalb nicht selbst kommentieren. Sein Platzhalter (Burckhard: „Ein kleiner Beamter“) darf nicht, der Landrat — „dauernd unterwegs“ und deshalb außerstande zur Aktendurchsicht — mag nicht.

Auch Familie Greenlee, der das Verwaltungsgericht wenigstens die sofortige Abschiebung einstweilen erließ, hörte seit dem amtlichen Veto nur einmal aus Schweinfurter Ämtern: Die Staatsanwaltschaft kündigte ein Ermittlungsverfahren an — wegen Aufenthalts in der Bundesrepublik ohne Aufenthaltserlaubnis.

## DDR

### Nichts als hohl

**Ost-Berlins Journalisten sollen, so will es die Partei, künftig kritischer berichten, Sprachschablonen meiden und sich, wie SED-Chef Honecker wünscht, „von Überlebtem trennen“.**

Sie organisieren — wie in Fürstentum — Kampagnen gegen schlechtes Gaststätten-Niveau („Korn allein? Nein“) und laden, jeden Donnerstag im „Wiener Café“, zum „Treffpunkt unserer Talente“.

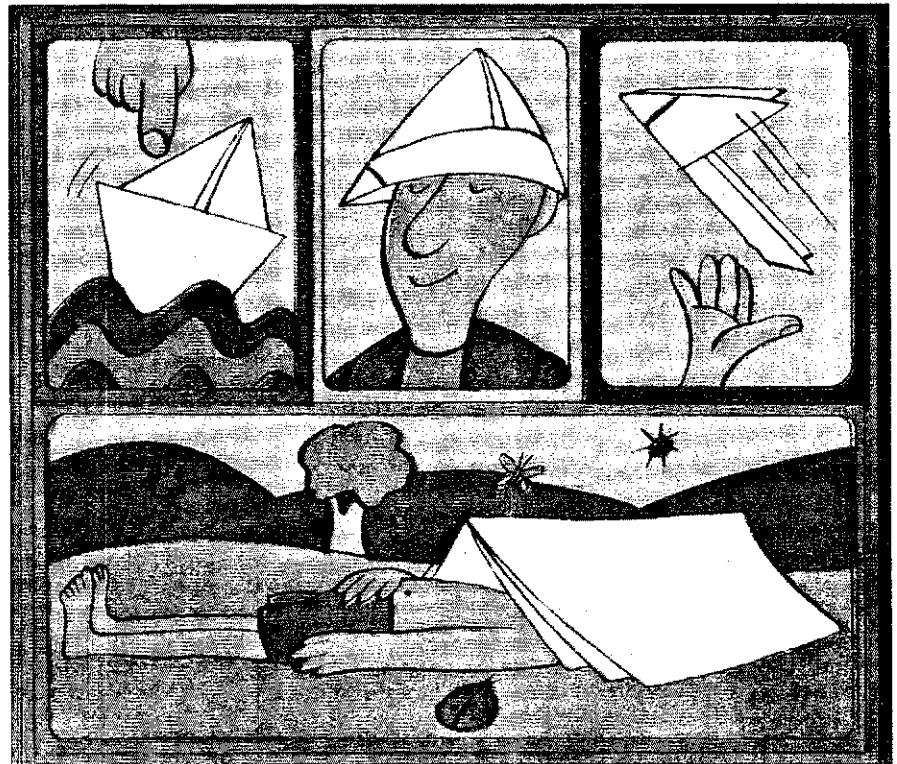
Sie schauen — wie bei der „Sächsischen Zeitung“ in Kamenz — regelmäßig „hinter den Bauzaun“, berichten — wie in Ost-Berlin — wöchentlich einmal zum Standard-Thema „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei“, starten — wie in Gera — Bildungsaktionen („Weil Kultur uns Freude macht“) und organisieren — wie in Cottbus — jährlich Wettbewerbe. Motto 1972: „Was der VIII. Parteitag beschloß, wird sein.“

Journalisten in der Deutschen Demokratischen Republik — sie galten dank solcher Emsigkeit der SED seit jeher als nützliche politische Interpreten an der kurzen Parteileine (ganz im Sinne Lenins, der sich den sozialistischen Publizisten als „kollektiven Propagandisten, Agitator und Organisator“ wünschte). Der DDR-Journalist, so

Lamberz, als „trocken-lehrhaftes Dozieren“, als „leblose Faktologie, hinter der die lebendigen Menschen verschwinden“.

In jüngster Zeit wurden Praktiker, nach dieser Auffassung durch den Polit-Bürokraten, noch deutlicher: Auf einer Konferenz des DDR-Journalistenverbandes im Braunkohlen-Bezirk Cottbus monierte ein Genosse, daß den Kollegen „noch viel zu oft Probleme z. B. der Brikettpresse besser bekannt“ seien „als die der Menschen, die sie bedienen“.

Aus dem Bitterfelder Chemie-Kombinat meldete sich Arbeiterkorrespondent Otto Haase zu Wort, der unter anderem die „geschwollenen Leitartikel“ in den Bezirksgazetten beklagte. Seinen Profi-Kollegen schlug er vor, in den



Eulenspiegel, DDR

**Arbeit mit der Presse, das heißt, auch neue interessante Formen zu finden!**

postulierte der Leipziger Journalistik-Papst und -Ausbilder Professor Hermann Budziszewski, sei „ein prinzipienfester Funktionär“, ringe „um literarische Meisterschaft“ und arbeite „massenverbunden“.

Was freilich, als Endprodukt solcher Arbeit, dann in den 40 Tageszeitungen (Auflage: sieben Millionen Exemplare) oder den 541 Zeitschriften (wöchentlich rund acht Millionen Exemplare) zu lesen ist, was aus den Radios leiert und über die Bildschirme flimmert, gerät in der Regel weniger massenverbunden denn monoton. Und was Budziszewski noch im vergangenen Jahr bei den DDR-Medien als „Geschlossenheit unserer Fronten“ lobte, beklagte vor wenigen Monaten der Agitations-Experte und Sekretär des SED-ZK, Werner

Betrieben zuerst zu den Arbeitern („nicht nur zum Direktor, zum Betriebsleiter“) zu gehen — „hier erfahren die Journalisten die Probleme“.

Und Joachim Blady, Redakteur der Ost-Berliner Gewerkschaftszeitung „Tribüne“, wettete im Journalisten-Verbandsorgan „Neue Deutsche Presse“ („NDP“) gegen Funktionärsschwulst und Sprachschablonen, gegen „neue Praktiken journalistischer Gedankenlosigkeit“. Blady-Beispiele: „Wenn die Arbeits- und Lebensbedingungen, zum rhetorischen Schwänzchen degradiert, jedem Artikel angeklebt werden, wenn die Konsumgüter ‚im Rahmen‘ einer ‚Bewegung‘, dem ‚Versorgungsbedarf‘ ‚adäquat‘, ‚bilanziert‘, ‚terminisiert‘ und dann den Handelsorganen ‚bereitege-“

stellt werden, dann ist das nichts als hohl.“

Daß die Partei-Publizisten indessen nun derart freimütig ihren eigenen verbalen und gedanklichen Leerlauf aufspießen dürfen, verdanken sie eben jener SED, die noch bis vor kurzem die Sprache bis hinunter zur Kurzmeldung regelte. Erst Erich Honeckers Debüt als Parteichef auf dem VIII. Parteitag im Juni vergangenen Jahres ließ die Zügel lockerer werden: „Herzlosigkeit und Bürokratie“, dazu — so die Parteitags-Entschließung — alle „Erscheinungen des Subjektivismus, der Rechthaberei, der Schönfärberei“ wurden zum Abschluß freigegeben.

Im April dieses Jahres verdeutlichte Honecker in einem Beitrag für das Journalisten-Fachblatt nochmals seine redaktionellen Richtlinien: Für die DDR-Journalisten gelte es jetzt, „Erreichtes zu analysieren“, „Neues zu projektieren“ und „sich von Überlebtem zu trennen“.

Beim Aufstöbern von Überlebtem konnten Honeckers Adressaten schon bald einen Erfolg melden: Auf ihrem 9. Kongreß vor zwei Monaten in Ost-Berlin eliminierten sie — getreu der SED-Abgrenzungspolitik — aus dem Namen ihrer Organisation, dem „Verband der Deutschen Journalisten“ (VDJ), das Wort deutsch und taufen sich in VdJ um: Verband der Journalisten der DDR.

Damit jedoch — und mit dem obligatorischen Bekenntnis, auch künftig vordringlich die „Entlarvung des Imperialismus“ betreiben zu wollen — waren die staatsüblichen Pflichtübungen schon absolviert. Bei der Kongreß-Kür ging es dann fast ausschließlich um die Standesünden der Vergangenheit und wie in Zukunft die „wachsenden Bedürfnisse nach politischer, wissenschaftlicher Information“ besser befriedigt werden können.

Dr. Kurt Blecha, Leiter des Presseamts beim DDR-Ministerrat, versprach, daß es jedenfalls „seitens unserer Regierung keinerlei Barrieren in der Informationsarbeit“ mehr geben soll. Und Dr. Karl-Heinz Gerstner, als Fernsehkommentator und Wirtschafts-journalist im anderen Deutschland als „unser Merseburger“ populär, empfahl den Satz „Schweigen ist eine schlechte Gewohnheit“ als „Spruchband in unsere Redaktionen zu hängen“. Keine Kritik an Mängeln, so Gerstner, dürfe jemals wieder „falsch verstanden“ werden.

Bei so viel neu gewonnenem Selbstverständnis mochte auch das Ost-Berliner Satire-Blatt „Eulenspiegel“ nicht zurückstehen. Es glossierte den Prototyp der „guten DDR-Pressemeldung“:

Rehbein traf Kipka.

(Berlin. Eig. Ber.) Der Zweite Sekretär des Präsidenten der GfdWZ der DDR, Dr. Dr. Hanskarl Rehbein, ist mit dem Zweiten beratenden Adlatus der MIRKZ der VR Polen, Magister Andrzej Kipka, im Gästehaus des Präsidiums der GfdWZ

der DDR in der Hauptstadt der DDR, Berlin, wo der Zweite beratende Adlatus des Präsidenten der MIRKZ der VR Polen, Magister Andrzej Kipka, auf Einladung des Präsidiums der GfdWZ der DDR in Erwidierung eines Besuches des Zweiten Sekretärs des Präsidenten der GfdWZ der DDR, Genossen Dr. Dr. Hanskarl Rehbein, im Gästehaus des Präsidiums der MIRKZ der VR Polen in der Hauptstadt der VR Polen, Warschau, weilt, zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen von gegenseitigem Interesse.

Vorerst freilich ist in der DDR-Presse noch wenig Besserung zu spüren. Noch immer jubeln, tadeln oder verurteilen die Schlagzeilen zwischen Rostock und Riesa weitgehend unisono, noch immer beispielsweise fehlt — so eine „NDP“-Klage — „auf unseren Seiten“ der „aus dem Leben der Republik geborene Humor“.

Nur eines, weiß ein Ost-Berliner Journalist, „ist jetzt nicht mehr so klein-kariert und klischeehaft“ — „die Darstellung der BRD“. Und in der Tat ist, seit die Staatssekretäre Egon Bahr und

## SCHULEN

### Freie Auswahl

**Sogar von Latein, Deutsch und Mathematik als Abiturfächern können sich Gymnasiasten befreien — in einer Oberstufe, die jetzt erprobt wird und bis 1976 überall in der Bundesrepublik eingeführt werden soll.**

Mit Englisch beginnt jeden Montag fünf Minuten vor zehn Uhr für Marlene Abels, 17, die Woche. In der Landrat-Lucas-Schule I zu Opladen bei Düsseldorf widmet sie sich zusammen mit 23 anderen Jungen und Mädchen der Analyse des US-Regierungssystems.

Nach zwei Stunden wechselt Marlene Abels aus dem Raum 101 in das Zimmer 5 über. Dort wird im Französischunterricht behandelt, was französische Publizisten zum Thema „Der Mensch in unserer Zeit“ veröffentlicht haben.



**Opladener Oberstufen-Schüler\*:** Den Stundenplan macht sich jeder selbst

Michael Kohl regelmäßig miteinander plaudern, seit auf beinahe allen Ebenen geredet und verhandelt wird, die Begleitmusik der DDR-Medien zunehmend auf piano eingestimmt worden. Meldungen aus der Bundesrepublik werden auf den hinteren Seiten eher versteckt als veröffentlicht, und erst unlängst bekannte ein SED-Funktionär: „Wir haben schon ziemlich lange Brandt-Schutzwoche.“

Eben diese Entwicklung mag wohl auch der Ost-Berliner TV-Edelmann und Schwarze-Kanal-Arbeiter Karl-Eduard von Schnitzler („Es ist mein trauriges Los, mich vorwiegend mit den Vorgängen in der Bundesrepublik zu beschäftigen“) im Auge gehabt haben, als er — eher nachdenklich — auf dem Journalistenkongreß bekannte: „Die Zeit des Drauflosdreschens ist vorbei.“

\* In der Arbeitsbibliothek der Landrat-Lucas-Schule I

Aber von den 21 Mitschülern in Zimmer 5 saßen nur acht vorher mit Marlene im Raum 101 beim Englisch.

Und als sie nach wiederum zwei Stunden im Raum 8 zu zwei Mathematik-Stunden eintrifft, finden sich 19 Schüler ein, von denen sie 16 an diesem Tage noch nicht gesehen hat.

So bleibt es die ganze Woche über. Nach jeder Doppelstunde wechselt nicht nur das Fach, sondern auch der Raum. Und im Laufe von sechs Schultagen sieht Marlene Abels rund hundert verschiedene Gesichter von Mitschülern.

Die Fahrlehrerin aus einem 20 Kilometer entfernten Dorf besucht ein Gymnasium, in dem die Zukunft aller deutschen Oberschüler schon Gegenwart ist. Die Lucas-Schule ist eines der 193 Gymnasien, an denen es bereits die „reformierte Oberstufe“ gibt. Nach den jüngsten, im Juli beschlossenen Richtlinien der Kultusminister-Kon-